

## Schwerpunkt Interview mit der Regierungschefstv.

# Sabine Monauni: «Ein intakter Wald ist der beste Schutz gegen Naturgefahren»

**Interview** Der Wald in Liechtenstein ist nach Ansicht der Regierung in einigen Bereichen gefährdet und kann seine Schutzfunktion längerfristig nicht mehr erfüllen. Deshalb müssen dringend Massnahmen zur Verjüngung des Waldes ergriffen werden, wie Regierungschefstv. Sabine Monauni im Gespräch sagt.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Frau Monauni, wie haben Sie den Hochwassersommer 2021 als Innen- und Umweltministerin wahrgenommen?

**Sabine Monauni:** Die Bilder vom Ausmass der Überschwemmungen in Deutschland, in der Schweiz und in Belgien lassen einen nicht unberührt. Die Verwüstung mit zahlreichen Toten ist eine Tragödie. Wir können hier in Liechtenstein von Glück reden, dass wir diesen Sommer verschont geblieben sind. Das Hochwasser stellt aber auch für Liechtenstein aufgrund des Rheins und der Binnengewässer eine seit jeher bekannte Gefährdung dar. Entsprechend hat der Hochwasserschutz im liechtensteinischen Bevölkerungsschutz höchste Priorität.

Wie ist Liechtenstein auf solche Naturkatastrophen vorbereitet?

Die verschiedenen Naturgefahren wie Hochwasser, Stürme, Waldbrände oder Lawinenabgänge wurden in den vergangenen Jahren systematisch analysiert und basierend darauf eine breit abgestützte Gefahrenabwehr eingerichtet. Grundlage hierbei bilden die öffentlich zugänglichen Gefahrenkarten. Durch Berücksichtigung der jeweiligen Naturgewalten im Rahmen der Raum- und Bauplanung soll das Schadenspotenzial in exponierten Gebieten klein gehalten werden. Ebenso zentral sind gut ausgebaute Schutzeinrichtungen, insbesondere beim Hochwasserschutz. Hier verweise ich gerne unter anderem auf die laufenden Sanierungsarbeiten am Rheindamm. Im Ereignisfall selbst sind eine zeitgerechte Warnung der Bevölkerung, das Vorhandensein von klaren Einsatzplänen sowie die rasche Intervention von geschulten Einsatzkräften entscheidend.

Müssen wir aufgrund des Klimawandels auch in Liechtenstein zukünftig vermehrt mit solchen Extremwetterereignissen rechnen?

Ja, davon ist auszugehen. Je stärker die globale Erwärmung voranschreitet, umso häufiger ist mit Wetterextremen wie Hitzewellen, Starkregen oder Stürmen zu rechnen. Das sind nicht nur Beobachtungen der letzten Jahre, sondern auch das wissenschaftlich abgestützte Ergebnis des jüngsten Berichts des Weltklimarats. Demnach wird es in unserer Region generell wärmer und das Risiko von Starkniederschlägen steigt - es regnet seltener, dafür heftiger. Laut dem Weltklimabericht schreitet zudem die Klimaerwärmung schneller voran als befürchtet. Ob das Ziel, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen, erreicht werden kann, hängt entscheidend davon ab, wie schnell die Staaten ihren Ausstoss von Treibhausgasen senken.

Trotz dieser Erkenntnis hat die schweizerische Bevölkerung weiterführende Massnahmen zur Treibhausgasreduktion abgelehnt. Was bedeutet dieses «Nein» zum CO<sub>2</sub>-Gesetz für die liechtensteinische Klimapolitik?

Es scheint tatsächlich paradox. Wir wissen schon seit Langem, dass wir auf eine Klimakrise zusteuern, haben es aber noch nicht geschafft, unser

«Die Klimaziele sind nur erreichbar, wenn wir alle anpacken.»



Regierungschefstv. Sabine Monauni im Gespräch über den Klimawandel und den Schutz von Liechtensteins Wäldern. (Foto: MZ)

Verhalten ausreichend zu ändern. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches wir gestützt auf die schweizerische Vorlage in die Vernehmlassung geschickt haben, hätte uns im Klimaschutz einen wichtigen Schritt vorwärtsgebracht. Dieses ist in der geplanten Form nicht mehr umsetzbar, weil wir bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe ins Schweizer System eingebunden sind.

Das heisst aber nicht, dass in Liechtenstein nun Stillstand beim Klimaschutz herrschen darf.

Welche Klimaziele verfolgt Liechtenstein und welche Massnahmen sind hierfür notwendig?

Seit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls 2008 hat Liechtenstein seine Treibhausgas-Emissionen zwar kontinuierlich senken können. Per Gesetz haben wir uns jedoch verpflichtet, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, das heisst Netto-Null-Emissionen. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir unseren Treibhausgas-Ausstoss weiter drastisch reduzieren. 75 Prozent der Treibhausgase kommen aus dem Energiesektor (Mobilität, Gebäude und Industrie). Hier haben wir entsprechend das grösste Reduktionspotenzial. Es gilt nun, die Massnahmen der Energiestrategie 2030 konsequent umzusetzen. Dar-

über hinaus braucht es weitere Massnahmen auch in anderen Sektoren wie beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft. Die Ziele und Massnahmen sollen im Rahmen der geplanten Klimastrategie 2050 mit der Bevölkerung diskutiert und vom Landtag genehmigt werden. Denn die Klimaziele sind nur erreichbar, wenn wir alle anpacken!

Stichwort Forstwirtschaft: Welche Rolle spielt der Wald bei der Klimapolitik?

Das Ökosystem Wald ist ein grosser CO<sub>2</sub>-Speicher. Wälder können CO<sub>2</sub> aufnehmen und den Kohlenstoff in Form von Holz speichern. Der Wald spielt daher eine wichtige Rolle in der Klimapolitik. Ausserdem lässt der Wald aufgrund seines Speichervermögens das Wasser verzögert abfließen. Er leistet somit einen aktiven und elementaren Beitrag zum Hochwasserschutz, was uns wieder zum Ausgangspunkt unserer Diskussion bringt. Anders gesagt: Ein intakter Wald ist der beste Schutz gegen Naturgefahren.

Ein intakter Wald ist auch das Ziel der Jagdgesetzrevision, die im September-Landtag behandelt wird. Warum gibt es dazu dennoch kritische Stimmen?

Die Gespräche mit den betroffenen Anspruchsgruppen haben gezeigt,

dass eigentlich alle das gleiche Ziel haben, nämlich einen stabilen und gesunden Wald. Dennoch gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie dieses Ziel am besten erreicht wird. Fakt ist, dass wir zu viel Schalenwild in unseren Schutzwäldern haben und daher eine nachhaltige Waldverjüngung nicht gelingt. Die Vorgängerregierung hat daher Anfang 2020, unter vorgängiger Einbindung der Gemeinden, Waldeigentümer, Förster und Jäger, das Massnahmenpaket zur Waldverjüngung verabschiedet. Darin sind unter anderem die Schaffung einer staatlichen Wildhut sowie die Möglichkeit der Ausscheidung von sogenannten Intensivbejagungsgebieten vorgesehen. Diese beiden Kernelemente sollen nun mit der vorliegenden Änderung des Jagdgesetzes umgesetzt werden.

Könnten Sie dies bitte etwas näher erläutern: Wie genau soll die Einführung einer staatlichen Wildhut zu einer besseren Waldverjüngung führen?

Junge Bäume sind Nahrung für das Schalenwild wie Rehe, Hirsche und Gämse. Durch übermässigen Verbiss junger Bäume verhindern sie die

notwendige Baumverjüngung und somit letztlich die Schutzfunktion des Waldes. Soll die Verjüngung des Waldes gelingen, muss der Schalenwildbestand reduziert werden. Durch die Einführung der staatlichen Wildhut will die Regierung künftig aktiv mit den Jagdgemeinschaften bei dieser Reduktion zusammenarbeiten. Die Ausscheidung von Intensivbejagungsgebieten erfolgt dort, wo der Schutzwald besonders gefährdet ist.

Müssten konsequenterweise aber nicht auch die anderen Empfehlungen des Massnahmenpakets umgesetzt werden?

Die Wildhut und Intensivbejagungsgebiete sind nicht die alleinige Lösung, aber ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation. Die Wildhut soll nicht nur bei der Regulierung der Schalenwildbestände mitwirken, sondern insbesondere auch für Wildunfälle, Lebensraumplanung sowie Öffentlichkeitsarbeit zuständig sein. Dies ist übrigens in unseren Nachbarkantonen bereits seit Jahren gängige Praxis. Es braucht aber auf jeden Fall eine ganzheitliche Umsetzung des von der Regierung beschlossenen Massnahmenpakets. So hat das Amt für Umwelt beispielsweise erste Vorarbeiten für eine langfristige Waldstrategie initiiert und die Gespräche mit Vorarlberg zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollen demnächst fortgesetzt werden.

Es wird auch vereinzelt der Vorwurf laut, dass der Wald seit Jahren massiv übernutzt werde - dies mit negativen Auswirkungen auf den Lebensraum des Wildes, aber auch auf die Schutzfunktion des Waldes als solchem.

Dies entspricht meines Erachtens nicht den Tatsachen. Die Entwicklung bei der Holznutzung ist seit 2013 rückläufig. Das heisst, es wird weniger Holz genutzt als nachwächst. Der Wald wird also nicht übernutzt, sondern nachhaltig bewirtschaftet.

Aber heisst das im Umkehrschluss dann nicht, dass eine Waldverjüngung stattfindet?

Wir müssen hier zwischen Holzzuwachs und Waldverjüngung unterscheiden. Der Holzzuwachs resultiert vorwiegend aus dem Weiterwachsen älterer Bäume. Junge Bäume tragen zum Holzzuwachs viel weniger bei. Hingegen sind diese jungen Bäume für die Waldverjüngung elementar wichtig. Leider ist es aber so, dass insbesondere in den kritischen, höheren Lagen die Verjüngungssituation sehr schlecht ist. Ohne genügende Verjüngung werden die noch bestehenden Bestände in einen schleichenden Zerfallsprozess übergehen und eine stark reduzierte bzw. keine Schutzwirkung mehr wahrnehmen können. Der Klimawandel wird diese Situation noch verschärfen. Mit der Revision des Jagdgesetzes und der Umsetzung des Massnahmenpakets haben wir jetzt die Chance, die notwendige Waldverjüngung einzuleiten. Ich hoffe, dass wir diese Chance nutzen und alle Beteiligten an einem Strick ziehen.

«Die Wildhut und Intensivbejagungsgebiete sind ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation.»